

Stellungnahme und Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Januar 2016

Wir folgen nicht der Stellungnahme der Verwaltung, die meint, dass es mit dem Städte- und Gemeindebund NRW und dem Kreisausschuss im Rücken, keinen kommunalrechtlichen Beratungsbedarf in Sachen TTIPP, CETA und TISA gibt. Beim Fracking sahen wir das noch anders. Obwohl Fracking nicht direkt vor der Harsewinkeler Haustür durch einen internationalen Konzern stattfinden sollte, hat der Rat vor ein paar Monaten einmütig seine ablehnende Haltung in einer Resolution dargelegt. Vor kurzem versicherte mir Ralph Brinkhaus, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Haushalt, Finanzen und Kommunales, wie wichtig die vielen Proteste auch der kommunalen Räte gegen das Fracking waren und dass nur diese Proteste zum Einlenken der Landesregierung geführt haben.

Die Freihandelsabkommen TTIPP, CETA und TISA sind komplex und ihr detaillierter Inhalt ist bis auf Schlagwort weitgehend unbekannt, was aber nicht heißt - und dessen können wir sicher sein -, dass die Verträge keinen erheblichen Einfluss auch auf Harsewinkel haben werden. Wir leben nicht mehr auf einem einsamen Stern, sondern sitzen in einem Netz auch internationaler Verflechtungen und Beziehungen wie das Fracking und auch die Flüchtlingsproblematik zeigen.

Hinter den Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen steht eine fortgesetzte Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik, gestützt von einer finanzstarken und einflussreichen Lobby aus internationalen Investoren, multinationalen Konzernen und ihren Interessensverbänden, die an der Übernahme lukrativer kommunaler Betriebe in den Bereichen **Wasser und Abwasser, Energie, Abfallwirtschaft** sowie **Gesundheit** interessiert sind. Aber auch der uneingeschränkte Zugang zur **öffentlichen Auftragsvergabe** weckt seit langem die Begehrlichkeiten von Investoren und Konzernen. Ich erinnere an die von der EU-Kommission geplante Marktöffnung sprich Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Diese Initiative scheiterte nur aufgrund des großen öffentlichen Widerstandes.

In der Ratsvorlage steht, dass der Städte- und Gemeindebund NRW keine inhaltliche Position zu dem Freihandelsabkommen bezieht. Dies ist bedauerlich, denn es existiert zu den Freihandelsabkommen ein gemeinsames Positionspapier des **Deutschem Städtetages**, des **Deutschen Landkreistages**, des **Verbandes kommunaler Unternehmen** und des **Deutschen Städte- und Gemeindebundes** vom Oktober 2014.

Wir stellen den Antrag, die Anregung der Harsewinkeler Bürgerbeteiligung nach § 24 GO NRW aufzugreifen und in Anlehnung an das Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände und des Verbandes kommunaler Unternehmen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Harsewinkel stellt fest, dass die Freihandelsabkommen TTIPP, CETA und TISA erhebliche Risiken für kommunale Dienstleistungen der Daseinsvorsorge bergen und dass sie die kommunale Organisationsfreiheit durch weitreichende Liberalisierungsverpflichtungen aushöhlen. Deswegen fordern wir,

- dass die kommunale Daseinsvorsorge von den Marktzugangspflichten im TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen ausgenommen wird;
- dass in TTIP, CETA & Co. keine Investitionsschutzregelungen und keine Schiedsverfahren (ISDS) enthalten sein dürfen;
- dass bestehende Umwelt- und Verbraucherschutz-Standards geschützt werden müssen und nicht als Handelshemmnisse interpretiert werden dürfen;
- dass die Kommunen das uneingeschränkte Recht zur Rekommunalisierung von Dienstleistungen behalten müssen;
- dass kommunale Vertreter in den Beratergruppen der EU-Kommission mit eingebunden werden und nicht nur in den Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

- Wir wollen keine völkerrechtlich bindenden Verträge mit Liberalisierungsverpflichtungen, die den Interessen der Kommunen entgegenstehen und politisch so gut wie nicht mehr umkehrbar sind.

Der Rat der Stadt Harsewinkel

- fordert

- für das Parlament der Europäischen Union die EU-Abgeordneten Elmar Brok (CDU), Martin Schulz (SPD) und Sven Giegold (Bündnis90/ Die Grünen)
- für die die Bundesregierung Ralph Brinkhaus (CDU), Elfi Scho-Antwerpes (SPD), Britta Haßelmann (Bündnis 90/ Die Grünen)
- die Landesvertretung NRW bei der EU, Rue Montoyer, 1000 Bruxelles

auf, sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), und des internationalen Dienstleistungsabkommens "Trade in Services Agreement" ([TISA](#)), sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.